bezeichnen. Die Verlängerung ist in meinen Augen nur eine Zweckmäßigkeitsmaßregel. Es ist wiederholt hier gesagt worden, daß die Wahlen sehr viel Zeit und Geld kosten. Sie wissen, wie leidenschaftlich der Kampf entflammt, wie in der Verbrauchung und in der Agitation alle Mittel benutzt werden und auch auf private Verhältnisse noch nach den Wahlen sich die Verbitterung fortzieht. Je häufiger diese Wahlen kommen, desto fühlbarer müssen diese traurigen Folgen werden. Aber auch die Arbeiten des Reichstages würden durch eine längere Legislaturperiode gefördert werden, die Schulung der Abgeordneten würde eine bessere sein. Dadurch würde auch das Ansehen des Reichstags wachsen. Einen Eingriff in die Rechte des Volkes kann man den Antrag doch nicht nennen. Man sagt, die Regierung könne das Parlament auflösen — diese Auflösung hat doch aber nur Erfolg, wenn die Volksstimmung inzwischen eine andere geworden ist. Dann aber müssen wir doch damit einverstanden sein, denn wir sind doch hier die Vertreter der Volksstimmung. Der Antrag will nichts weiter als die Verlängerung der Legislaturperioden auf fünf Jahre, von jedem Eingriff in das Wahlrecht läßt er sich fern. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst: Der Vorredner hat den Antrag als sehr harmlos bezeichnet — ich glaube aber, er ist [illegible] und der Beginn weiterer Bestrebungen. Ich hatte gewünscht, die Antragsteller hätten uns ihren Gesetzentwurf, ihr Programm vorgelegt, damit wir sehen könnten, was Alles darin steht. Jemehr Sie Ihre Ziele verdunkeln, desto mehr müssen wir dagegen ankämpfen. Eine Verfassungsänderung ist immer etwas Bedenkliches, um so bedenklicher aber, wenn sie ohne jeden Grund aus dem Hause, ohne jeden Anschluß der Regierungen angeregt wird. Es ist sehr bedenklich, wenn jede zufällig zusammengewürfelte Majorität die Verfassung ändern kann. Die früheren ähnlichen Anträge sind seinerzeit vom Hause abgelehnt, zum Theil sogar von Denen, die diesen Antrag unterzeichnet haben. Ich bin nicht der Ansicht, daß in Bezug auf die Dauer der Legislaturperioden eine absolute Wahrheit besteht, es ist lediglich die Erfahrung, auf die man sich stützen muß. Wir befinden uns nicht in normalen Verhältnissen — die Gründe des Vorredners könnten allenfalls Berechtigung haben nur in normalen Verhältnissen. Unsere unseren Verhältnisse sind so gespannt, daß man nicht gut thut, die Verfassung anzutasten und einen neuen Streitpunct in die erregte Bevölkerung zu werfen. Es ist bisher mit den dreijährigen Legislaturperioden doch ganz gut gegangen. — Fürchten die Nationalliberalen vielleicht bei einem Wahlkampfe noch je drei Jahre die Kritik ihres Auftretens? Falle man mir den Cartellvertrag nicht vorlegen will (Heiterkeit), so verlange ich in der weiteren Discussion bündige Erklärungen, was man vorhat. Von Herrn v. Bennigsen erwarte ich Aufschlüsse, ob er noch weiter die Verfassung umstoßen könne, oder will er durch seinen Antrag nur Böseres verhüten? Mir ist bekannt, daß man Gutachten eingefordert hat, wie zur Aenderung des Wahlrechts die Verfassung umgestoßen werden könne ohne die Zustimmung des Hauses. Vielleicht hat Herr v. Bennigsen geeignet, die fünf Jahre will ich Euch noch bewilligen, mit Weiterem aber bleibt mir vom Halse! (Heiterkeit.) Die Bedeutung des Reichstags wird täglich mehr herabgedrückt, und ich bedaure, daß dies durch diesen Antrag noch mehr geschieht. Was haben wir denn für Rechte? Die Budgetabstriche, die wir machen, sind ganz minimal, der Militäretat ist für uns ein Noli me tangere. Bei der Frage des Septennats haben wir nur verlangt, daß der Reichstag nach drei Jahren wieder geprüft werden könne. Das ist schon als etwas absolut Unzulässiges bezeichnet worden — und da glauben Sie noch, daß der Reichstag irgend Etwas zu sagen habe. Die wichtigsten Resolutionen des Hauses, so besonders die des Arbeiterschutzes, finden keine Berücksichtigung — wir können Nichts erreichen, wir sprechen uns hier die Zunge aus, das ist Alles. Und da kommen Sie mit diesem Verfassungsantrage und noch dazu aus eignem Antriebe! Der Militarismus überwiegt überall, eine freiheitliche Anwendung der Verfassung ist nicht möglich und das bischen Freiheit, das noch da ist, wollen Sie jetzt durch diesen Antrag in Frage stellen. Der Vorredner hat von der Wahlagitation gesprochen. Sie ist im letzten Wahlkampfe in einer Weise geführt worden, besonders gegen mich, die ich alle heuere Lüge bezeichnen muß — die Landräthe haben gegen mich agitirt, als ob es bei der ganzen Wahl sich nur um mich handle. Gerade die letzte Wahl hat mich gelehrt, daß das Volk, wenn es aus Irrthum oder getäuscht Wahlfehler gemacht hat, bald in der Lage sein muß, seine Wahl zu revidiren. Es ist doch zweifellos, daß durch die lange Anwesenheit der Volksvertreter in Berlin das Gefühl der Zugehörigkeit im Volke verloren gehen muß. Wenn das Volk wüßte, wie es in hohen Zirkeln und auf den Hintertreppen zugeht, würde es Manches wissen, was nicht schön und nicht gut ist. Ich drücke nochmals mein Erstaunen darüber aus, daß sich Männer gefunden haben, um aus eigenem Antriebe die Verfassung abzudrücken. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger (freis.): Es ist ja ganz richtig, daß die Frage 3 oder 5 Jahre keine Partei-, sondern eine Opportunitätsansicht ist. Es handelt sich aber für uns gar nicht um die Frage, welche Dauer der Legislaturperioden die Beste sei. Handelte es sich darum, so würde ich, wie vor 14 Jahren, auch für fünfjährige Dauer entscheiden. Die Frage ist aber die, ob wir eine reactionäre Regierung noch mehr stützen wollen — eine Reaction sehe ich darin, daß die Regierung sich auf reactionäre Parteien stützt. Ich mache ihr dies nicht zum Vorwurf; ich halte sie sogar für weniger reactionär als ein Theil derer, auf die sie sich stützt, z. B. in der Frage der Gewerbegerichtsbeschränkung. Die Regierungen sind veranlaßt worden, sich den reactionären Bestrebungen zu überantworten. Und das ist das Verderbliche dieses Antrags, daß er die Regierung noch mehr in die Arme der Reaction treibt, und das herbeigeführt zu haben, ist der schwere Vorwurf, den ich den Nationalliberalen machen muß. (Beifall links.) Es giebt einen Pessimismus, der sagte, es müsse Alles noch schlechter werden, damit es endlich besser werde. Zu diesem Pessimismus bekenne ich mich nicht, wohl aber zu dem, der sich nicht der Ansicht verschließt, daß das Schlechte wirklich schlecht ist. Herr v. Bennigsen aber ist Optimist — er sagt sich, das Schlechte ist doch besser als es scheint und kämpft gegen Alle, die das Schlechte als schlecht bezeichnen. Die neueste Wendung der Nationalliberalen kennzeichnet sich darin, daß sie glauben, sie könnten sich vor der reactionären Infection retten, wenn sie auf reactionäre Maßregeln liberale Etikette kleben — sie retten sich aber nicht, sondern werden von der Reaction mitgezogen (Beifall links). Daß ich vor 14 Jahren mich für längere Legislaturperioden ausgesprochen habe, beweist ebensowenig wie der Umstand, daß mehrere der Unterzeichner des Antrags früher für 3 Jahre eingetreten sind. Wäre Herr Miquel hier, so könnten wir die Rollen tauschen — ich könnte meine frühere Rede für fünf Jahre, er seine frühere für drei Jahre halten. Weshalb kommen die Nationalliberalen heute mit diesem Antrag? Sie haben Jahre lang, so lange ich noch ihr Mitglied war, einen solchen Antrag nicht eingebracht, weil sie erkannt haben, daß 1876 eine Wendung in der Politik der Regierung eingetreten, daß es rückwärts ging im Reiche. Und deshalb haben wir uns beständig gesagt, wie die Dinge in Deutschland liegen, wäre es eine Sünde, eine solche Verfassungsänderung zu beantragen. Herr v. Kardorff hat jüngst von meinem elegischen Tone gesprochen, ich wäre ein schlechter Bürger, wenn ich angesichts der jetzigen Verhältnisse nicht betrübt wäre. Aber wenn ich noch einmal vor der Frage stände, wie 1866, ich würde auch jetzt trotz aller Erfahrungen wieder für den Fürsten Bismarck eintreten, wie 1866 für den Grafen Bismarck, denn durch ihn ist dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben worden, seine Kräfte zu zeigen. Um so mehr aber muß ich die Reste Freiheit, die noch da sind, schützen. Und deshalb muß ich den Nationalliberalen entgegentreten — was helfen den Herren all ihre Abstimmungen hier im Hause, was all ihr Auftreten gegen die Conservativen, nachdem sie den Herren durch das Wahlcartell den Schlüssel in die Hand gegeben haben. Wir sind auf dem besten Wege, all die Dinge zu bekommen, gegen die die Nationalliberalen sonst mit uns gekämpft haben. Wenn die Regierung erst einen Reichstag auf fünf Jahre hat, wird dann Herr v. Bennigsen noch zögern mit der Bekämpfung des geheimen Wahlrechts, mit der Behinderung der Redefreiheit? Der Reichstag ist schon jetzt in seinen Rechten beschränkt und Sie wollen dies jetzt in noch höherem Maße? Wir haben vor zehn Jahren gelacht über die Hamatung einer conservativ-liberalen Verbindung und doch waren damals die Freiconservativen noch liberaler als heute die Nationalliberalen! Und unsere Redefreiheit? Fragen Sie doch jedes Mitglied irgend eines andern Parlaments, ob es mit uns tauschen will? Mit Verachtung würde das zurückgewiesen werden. Und nun wollen Sie unsern schwachen Parlamentarismus noch schwächer machen? Sie schaffen einen Zustand, in dem die Regierung einen ihr gefallenden Reichstag fünf Jahre behält, einen anderen aber jederzeit auflösen kann. Und wie wird aufgelöst? 1878 unter dem Eindruck des Attentats, 1887 mit dem Schatten eines Krieges! Wir haben es ja nur einem so gefährlichen Strategen zu thun. Als es sich um den Auslieferungsvertrag mit Rußland handelte und es gerade hieß, daß wir ihn nicht annehmen, da hat man den Vertrag einfach fortgelassen und ihn vor die Particularrechtsgebung verwiesen. Entwickeln sich die Dinge so weiter, wie jetzt, so sehe ich einen Zeitpunct kommen, wo ich jede beklagen würde, wenn der Reichstag nicht mehr da wäre, um die ausbrechende Reaction zu zügeln! Die Nationalliberalen haben sich mit diesem Antrage mit den Conservativen identificirt! (Beifall links.)

Staatssecretair v. Bötticher: Ich muß natürlich darauf verzichten, an der Discussion über diesen Antrag mich zu betheiligen. Nur Eins muß ich bemerken: Abg. Dr. Windthorst hat davon gesprochen, daß an einen Professor in Straßburg die Aufforderung ergangen sei, über die Aenderung der Verfassung ohne Zustimmung des Reichstags sich zu äußern. Nach meinem Nachrichten ist Seitens der Reichsregierung ein solches Ersuchen niemals gestellt worden; Herr Dr. Windthorst ist also das Opfer einer irrigen Täuschung geworden.

Abg. v. Bennigsen: Ich habe vergebens in der Rede des Collegen Dr. Bamberger den Beweis für die Reaction gesucht. Ich habe aber nur gehört, daß wir für das Septennat gestimmt und einen Antrag unterzeichnet haben, den sogar Herr Bamberger sehr gut vertheidigt hat. (Heiterkeit.) Daraus folgert er, daß seit 1866 Alles schlechter geworden ist, so schlecht, daß die Mitglieder anderer Parlamente uns mit Verachtung ansehen. Aber auch in anderer Hinsicht bin ich enttäuscht worden. Herr Dr. Bamberger hat nichts gesagt, womit er seine früheren treffenden Auslassungen für fünfjährige Legislaturperioden entkräftet hätte. Man sagt er, ja seit 1876 ist ein Umschwung, eine entsetzliche Reaction eingetreten, da gilt nicht mehr, was früher galt. Ja, Herr Dr. Bamberger, 1878 war doch diese Wandlung also auch da — trotzdem hat damals Angesichts des Kampfes Freihandel und Schutzzoll der Abg. Dr. Bamberger nicht gezögert, die Schwächung der liberalen Partei durch seinen Austritt und seiner Genossen zu vollziehen. (Zustimmung.) Bei Herrn Bamberger ist freilich Freihandel identisch mit Freiheit, Schutzzoll mit Reaction. Das ist aber falsch, für den Schutzzoll traten die liberalen Männer in Amerika, für den Freihandel der Kaiser Napoleon und die Sklavenbarone in Amerika ein. Es ist also eine Ueberschätzung seiner Ansichten, wenn man selbst die Wirthschaftsfragen für maßgebend hält, nun Alles danach zu beurtheilen (Heiterkeit.) Auch ich bedauere, daß man mit den Schutzzöllen zu weit gegangen ist, aber deshalb ist man doch noch nicht berechtigt, allen Leuten die Lust am Leben selbst zu verleiden! Und soll ich daran erinnern, daß es die Orgie des Freihandels gewesen ist, die den Schutzzoll hervorgerufen hat, indem sie den gesetzlichen geringen Eisenzoll nicht bewilligt. (Zustimmung.) Nun soll es eine reactionäre Maßregel sein, wenn wir die Verfassung ändern, dieselbe Verfassung, gegen deren Zustandekommen die Parteigenossen der Herren Bamberger und Windthorst gestimmt haben. (Beifall.) Man wirft uns das Bündniß mit den Conservativen vor. Der Reichstag war damals aufgelöst, weil er das Septennat abgelehnt hatte. Das Septennat war eine Lebensfrage; um sie in unserm Sinne zu lösen, habe ich selbst mit die Anregung zu dem gemeinsamen Vorgehen mit den Conservativen gegeben. Herr Windthorst wartet darauf, das Programm unseres Cartells zu sehen. Da wird er lange warten müssen (Heiterkeit), denn wir haben kein Programm festgestellt, wir haben uns nur über das Septennat geeinigt. (Zustimmung rechts.) Er hat uns dann die schwärzesten Absichten vorgeworfen. Ueber die zweijährigen Etatsperioden ist keine Verordnung getroffen, unsere Stellung dazu bleibt die alte. Was das allgemeine Wahlrecht betrifft, das eine Grundlage unserer Verfassung ist, so wäre eine Aufhebung desselben nicht nur unklug und unpolitisch, sondern auch ungerecht — so weit es auf mich und meine politischen Freunde ankommt, soll auch kein Tüchlein an dem Verfassungsrecht gerüttelt werden. (Beifall.) Ich fordere den Abg. Bamberger auf, uns nachzuweisen, wo und wenn irgend welche Neigungen auf reactionäre Veränderungen bei uns sich kundgegeben. So lange dieser Nachweis nicht geführt wird, bestreite ich diese Beschuldigung. Es handelt sich für mich nur noch darum, zu erwägen, daß der vorliegende Antrag nicht reactionär ist — seine Zweckmäßigkeit brauche ich nicht nachzuweisen, das hat Herr Bamberger 1874 bereits sehr gut gethan. Aber noch 1878 hat Herr Bamberger in einer Schrift die Verlängerung der Legislaturperiode gefordert und beklagt, daß keine Majorität für eine solche Veränderung im Hause vorhanden ist. Jetzt aber, Herr Dr. Bamberger, haben wir eine solche Majorität für die von Ihnen gewünschte Aenderung. Zur Begründung derselben darf ich mich aber nun doch nicht auf die Autorität des Herrn Bamberger berufen (Heiterkeit) — ich muß auch Eigenes sagen. Es ist richtig, daß Abg. Miquel, der heute zu erscheinen verhindert ist, sich für die dreijährige Legislaturperioden und dann ihm der Reichstag entschieden hat. Die Gründe, die mein Freund Miquel dafür vorgebracht, ließen darauf hinaus, daß man noch keine Erfahrung habe und sich auf die Praxis des preußischen Landtages stützen müsse. Es ist doch sehr wesentlich, ob man auf Grund mehrjähriger Erfahrungen seine Meinung ändert oder ob man, wie die Herren Windthorst und Bamberger, seine Meinung ändert ohne Erfahrung dafür zu haben. Herr Windthorst war 1881 ganz mit der jetzt so angefochtenen Verfassungsänderung einverstanden. Holland, Belgien haben vierjährige, Oesterreich sechsjährige, Frankreich und andere eine fünfjährige Dauer der Legislaturperiode. Die Ungarn haben bis Ende 1885 dreijährige Perioden gehabt und sie dann in fünfjährige verändert. Aus den Motiven für jene Veränderung geht hervor, daß man durch dieselbe die Autorität des Parlaments stärken wollte. Alle Länder des Continents außer Norwegen-Schweden haben eine längere Dauer als wir. — Nun ist heute gesagt worden, unser Antrag wäre sehr reactionär, weil die ohnedies starke Regierung jederzeit auflösen könne. Aber so liegt doch die Sache nicht. Wenn in anderen Ländern ein Parlament aufgelöst wird und die Neuwahlen der Regierung keine Mehrheit bringt, so tritt die Regierung ab und aus der neuen Mehrheit wird die neue Regierung gebildet. Wenn aber bei uns nach einer Auflösung keine Regierungsmehrheit da ist, würden dann die Herren Bamberger und Windthorst es wagen, die Reichsregierung zu übernehmen, würden sie sich über ein gemeinsames Programm überhaupt einigen können, um ein Ministerium zu bilden. (Heiterkeit.) Das Mittel der Auflösung ist doch ein bedenkliches und darf nicht abgenutzt werden. Es wirkt nur, wenn, wie vor der letzten Auflösung, eine Mehrheit so unvorsichtig ist, dem Reichskanzler das Mittel der Auflösung selbst in die Hand zu drücken. (Beifall.) Herr Windthorst hat von dem im Wahlkampfe betrogenen Volke gesprochen. Das ist kein Compliment für das allgemeine Wahlrecht. Was aber den Kriegsschatten betrifft, so ist doch jetzt wirklich klar, daß uns damals eine Kriegsgefahr drohte, die nur durch die Energie Gerny's gedämpft wurde. Es ist doch alles ganz klar, daß jene Behauptung, die Majorität wäre durch falsches Kriegsgeschrei herbeigeführt worden, falsch ist, daß wir vor einer Kriegsgefahr standen und stehen, sonst hätten doch die Genossen der Herren Bamberger und Windthorst sich nicht so rückhaltlos für die Bewilligung der Septennatvorlage entschieden. (Beifall.) Was also nun den vorliegenden Antrag betrifft, so ist doch nicht die Thatsache des Wählens die Hauptsache, sondern der Umstand, daß die Volksvertretung eine gute ist. Das häufige Wählen ermüdet die Wähler und macht sie gleichgiltig. Um diese Gleichgiltigkeit zu bekämpfen, bedarf es jetzt einer Agitation, an deren Verrohung und Gehässigkeit alle Parteien schuld sind. Einer solchen Agitation gegenüber mochten es oft genug anständige Leute gar nicht, sich als Wahlkandidaten aufstellen, weil sie sich nicht in den Schmutz ziehen lassen wollten. All das kann durch die Verlängerung der Legislaturperioden erreicht werden; wir heben die Wahlfreudigkeit der Wähler, wir heben das Ansehen des Reichstags. Herr Bamberger behauptet, unser Parlament hat keine Rechte. Das ist richtig in dem Sinne, daß wir nicht ein Parlament haben, wie beispielsweise England. Aber es ist die glückliche Folge unserer historischen und nationalen Entwickelung, daß wir eine starke Monarchie haben. Das Volk will neben einer mächtigen Monarchie einen starken Reichstag, einen wichtigen Factor neben Kirche und Armee, einen Reichstag nicht zerrissen durch Zwietracht und Hader — einen solchen Reichstag begehrt das Volk. Und wenn der Reichstag sich eine solche Stellung verschafft, wie er ihm nach der Verfassung zukommt, dann wird das Volk zufrieden sein, auch wenn es nur alle fünf Jahre zu wählen hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Reichensperger (Centr.) führt aus, daß man nach der Begründung der Antragsteller am Besten thun würde, nur lebenslängliche Volksvertreter zu wählen. Die früher geltend gemachten Gründe für längere Legislaturperioden treffen nicht mehr zu, nachdem die Stellung des Reichstags eine ganz andere geworden ist. Das Wählen ist freilich nicht die Hauptsache bei der vorliegenden Frage, aber darauf kommt es an, daß die Wähler jetzt alle drei Jahre in die Lage gesetzt werden, von ihrem Gewählten Rechenschaft zu fordern. Ein Reichstag, dessen Mitglieder die Fühlung mit der Nation verliert, erhält den Charakter einer Oligarchie. Der Antrag liegt jetzt vor, von einer Firma unterzeichnet, die den Majoritätsparteien angehört — aber darauf ist doch nicht zu pochen, denn die Majorität des Hauses repräsentirt nicht die Majorität des Volkes. Durch das Kriegsgeschrei, durch die Erwähnung der spanischen und Melinitbomben ist diese Majorität zu Stande gekommen.

* Ueber den Schluß der Sitzung meldet uns ein Telegramm: Nachdem Abgeordneter von Kolpaho-Gortz (cons.) sich für 5jährige Legislaturperioden erklärt, wird die Fortsetzung der Debatte auf Freitag 1 Uhr vertagt.

§§ Berlin, 1. Februar. Die Budgetcommission des Reichstags nahm heute, entsprechend den Vorschlägen der Subcommission, debattelos die ersten Raten für folgende Postgebäude an: Kaiserslautern, Mülheim, Ruhrort, Detmold, Freiberg (Sachsen), Gotha, Konstanz, Limburg a. L., Ratibor, Spandau, Aachen, Berlin (in der Jägerstraße, Leipziger Straße und Königstraße), Danzig, Magdeburg und Perchim. Ebenso wurden auf Antrag der Subcommission als weniger dringlich abgelehnt die Postgebäude zu Jüterbogk, Burgau, Brandenburg, Spremberg, und weil die Commission die in Aussicht genommene Baustelle für ungeeignet hält, das Postgebäude in Friedberg (Hessen). Eine längere Debatte entwickelte sich bei der Forderung für Frankfurt a. M., dessen neuer Postbau im Ganzen einen Kostenaufwand von 4 Millionen Mark verursachen dürfte. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht anderwärts billiger bauen könne, während von anderer Seite die Meinung geäußert wurde, man könne doch wohl den „Russischen Hof" für die Zwecke der Post einrichten. Gegen ein solches Provisorium sprach sich Staatssecretair v. Stephan auf das Entschiedenste aus, da dasselbe große Kosten verursachen würde und doch nicht hinreichen könne. Abg. von Bennigsen stellte fest, daß die Kosten des Bauplatzes, so hoch sie auch sind, im Verhältniß zur Bedeutung der Straße, an dem derselbe liege, nicht übermäßig erscheine. Schließlich wurde die Forderung von zunächst 1,600,000 ℳ einstimmig bewilligt. Zu den der Commission überwiesenen Titeln des Militäretats, betr. die Centralisirung der Meldeämter für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes gab Generallieutenant v. Hoenisch die Gründe an, die vom militairischen Gesichtspuncte für die Maßregel sprächen. Die Einrichtung von Central-Meldebureaus bestehe in einer Reihe von Meldebezirken und habe sich in militairischem Interesse bewährt. Wo Schwierigkeiten für das Publicum entstanden seien, habe man die Feldwebel in jeder Woche auf einen Tag in ihre früheren Standorte gesandt, um dort Meldungen entgegenzunehmen. Die Controlversammlungen würden nach wie vor in den bisherigen Stationsorten der Landwehr-Compagnien stattfinden.

Eine neue Kunstwerkstätte.

In dem großartigen, wenn auch erst zur einen Hälfte fertigen Industriepalaste, den Arwed Roßbach dem neuen Reichsbankgebäude gegenüber für die Firma Polich als Geschäftshaus errichtet, hat auch die Kunst eine neue Arbeitsstätte gefunden, ganz ähnlich wie sie auch in dem alten, nunmehr völlig zum Abbruch gelangenden Polich'schen Hause in den oberen Räumen ihren Sitz aufgeschlagen hatte. Die hiesigen Werkstätten des Hofphotographen W. Höffert sind nämlich auch mit in den stattlichen Polich'schen Neubau übergesiedelt. Der Umzug hat schon in den letzten Tagen des Januar stattgefunden und ist nunmehr beendet. Wenn hier von Kunst die Rede war, so geschah dies mit voller Berechtigung. Daß es sich bei den Arbeiten unserer besseren Photographen, daß es sich gewiß auch bei Höffert um Kunst handelt, wird wohl kaum Jemand in Abrede stellen, der mit den Leistungen derselben vertraut ist. Unsere heutigen Bildnißmaler, völlig abgesehen von den handwerksmäßigen, mechanischen Vergrößerern und Uebersetzern photographischer Aufnahmen in die schwarze Kreide- oder Pastelltechnik, sind von der Gnade des Photographen abhängig, mit Ausnahme einer Anzahl wirklicher Künstler, die noch selbst einen Kopf aufzuzeichnen verstehen und Stimmung und Wesen des Darzustellenden zu durchdringen, zu erfassen und zum Ausdruck zu bringen wissen. Wenn aber der Photograph selbst Künstler ist, was freilich durchaus nicht allemal der Fall ist, so weiß er genau das ihm sitzende Modell in Lage und Beleuchtung zu bringen, an ihm die für die Darstellung günstigste Stimmung zu erlauschen und schließlich seine Processe so zu leiten, daß ein wirkliches Bild, ein Kunstwerk entsteht. Wollte man nun meinen, daß bei einer hierauf folgenden Uebertragung des Photogrammes in Kreide, Pastell oder Oel an der Arbeit genau soviel künstlerische Momente wahrzunehmen sein müßten, als sie die Photographie besaß, so wäre dies durchaus nicht zutreffend, denn bei dieser Art von Malerei geht in der Regel ein guter Theil der genialen Frische und der Feinheiten in Stimmung und Modellirung auf dem Wege durch Auge, Hand und Stift oder Oelpinsel verloren. Das Product wird hölzerner, mechanischer und unkünstlerischer, als es eine gute Photographie war.

Wie künstlerisch werthvoll in dem erwähnten Sinne besonders auch die Höffert'schen Photographien sind, darauf hat schon wiederholt hingewiesen werden können. Im vollen Umfang kam es aber dem Berichterstatter wieder zum Bewußtsein, als er jüngst bei einem Besuche des neuen Höffert'schen Locales eine Reihe von Bildnißaufnahmen des jetzt in Leipzig weilenden „Kronprinzen von Griechenland" zu Gesicht bekam, ein fast lebensgroßes Brustbild nämlich des Kronprinzen Constantin und mehrere kleinere Kniestückaufnahmen. Diese Bilder fesselten unwillkürlich durch die discrete, von aller Effecthascherei entfernte Lichtbehandlung und die dadurch bedingte Feinheit und Vollendung der Modellirung des plastisch Körperlichen, vor Allem auch durch die ungesuchte Erfassung des sicherlich richtigen seelischen Momentes. Diese glücklichen Ergebnisse wurden noch in den alten Räumen erzielt. Die neuen schönen Räume mit ihren tadellosen Lichtverhältnissen, ihrer vollendeten technischen Ausrüstung und ihrer Ausstattung mit der Summe aller denkbaren Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten für das Publicum müssen natürlich im höchsten Grade anregend wirken. Daß Eingang und Aufgang zu den neuen Höffert'schen Räumen in dem jetzigen provisorischen Zustande noch einige Unbequemlichkeit zeigen, das wird ja bald mit Vollendung des anderen Baufluges und Herstellung des Haupteingangs behoben sein. Adolf Weiske.

Vermischtes.

— Kiel, 30. Januar. Anläßlich der bevorstehenden Vermählung des Prinzen Heinrich mit Prinzessin Irene haben die städtischen Collegien beschlossen, „zur dauernden Erinnerung an dies frohe Ereigniß und als Zeichen der Theilnahme der Stadt Kiel" auf dem inneren Schloßbrücke einen monumentalen Brunnen errichten zu lassen, wozu höchsten Orts die Zustimmung erbeten und gegeben ist. Das Denkmal ist von Professor Lürssen entworfen und wird jetzt in seinem Atelier ausgeführt. Nach dem Modell soll sich über einem dreigliederigen Bassin ein Piedestal mit der Reliefbüste und dem Allianzwappen des hohen Paares erheben; auf dem Piedestal steht in Ueberlebensgröße das Standbild der „Kilia".

— Aus Liegnitz vom 30. Januar berichtet die „Schles. Ztg.": Nach den in der Sitzung der Sanitätscommission am letzten Sonnabend erfolgten Feststellungen kann angenommen werden, daß die Epidemie ihrem Erlöschen entgegengeht. In den letzten Tagen haben die Erkrankungen in geringerem Umfange stattgefunden; so sind am Sonnabend im städtischen Krankenhause nur drei neu Erkrankte eingeliefert worden. Dagegen hat sich eine Anzahl polizeilich angemeldeter Krankheitsfälle als nicht zum Typhus gehörig oder doch als so mild herausgestellt, daß die ärztliche Behandlung nur für wenige Tage einzutreten brauchte. So sind aus dem städtischen Krankenhause bereits 35 Erkrankte wieder als gesund entlassen. Nach einer in den einzelnen Polizeirevieren gehaltenen Nachfrage hat sich ergeben, daß schon 115 krank gemeldete Personen aus jeder ärztlichen Behandlung entlassen sind und daß bei einer sehr großen Zahl Kranker der Arzt nicht mehr regelmäßig erscheint. Diese Feststellungen schließen nicht aus, daß in vielen Fällen die Erkrankungen einen schweren Charakter haben. Bis zum 28. d. hatte die Krankheit in 39 Fällen einen tödtlichen Verlauf genommen, darunter zwei Fälle im städtischen Krankenhause. Die Kaserne des Königs-Grenadier-Regiments (2. westpr.) Nr. 7 ist aus sanitätspolizeilichen Gründen für die Bewohnerschaft der Stadt geschlossen.

— Aus der Schweiz, 30. Januar. Vergangenen Sonnabend fand zwischen den Stationen Cheyres und Font am Neuchateler See ein Bergsturz statt, welcher die von Iverdon nach Fribourg führende Bahn auf einer Strecke von über 100 Metern mit ungeheuern Felsblöcken und haushohem Schutt verschüttete. Als einige Minuten darauf der von zwei Locomotiven bespannte Zug von Iverdon nach der nächsten Hauptstation Estavayer-le-lac daherbrauste, versuchte der Bahnwärter durch Signale das Unglück zu verhindern; allein es konnten die letzteren vom Fahrpersonal nicht wahrgenommen werden, weil gerade an dieser Stelle die Bahn eine starke Curve bildet. Mit vollem Dampfe rannte der Zug gegen die den Bahnkörper überdeckenden Felstrümmer. Beide Locomotiven bäumten sich übereinander, wobei ein Locomotivführer und ein Heizer so entsetzlich verstümmelt wurden, daß sie wenige Minuten darauf den Geist aufgaben. Mehrere Fahrbeamte erlitten mehr oder weniger gefährliche Verstümmelungen; die vierzig Passagiere aber, welche im Zuge saßen, kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon. Die Bergsturztrümmer schätzt man auf 6000 Cubikmeter, und den Bergsturz selbst schreibt man dem letzten Thauwetter, vor Allem aber dem bedeutenden Herabsinken des Niveaus des Neuchateler Sees zu.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 1. Februar. Nach einem Bulletin aus San Remo von heute Morgen besteht jetzt bei dem Kronprinzen eine beschränkte Verdickung des vorderen Theiles der rechten Kehlkopfhälfte, dagegen verminderte sich durch Abstoßung einer abgestorbenen Partie die Schwellung der linken Seite. Das Allgemeinbefinden ist normal. Das Bulletin ist unterzeichnet Mackenzie, Schrader, Krause, Hovell.

* Berlin, 1. Februar. S. M. Kreuzer „Albatroß", Commandant Corvetten-Capitain von Frantzius, ist am 30. Januar cr. in Lagos (Westafrika) eingetroffen und beabsichtigt am 2. Februar cr. die Heimreise fortzusetzen.

* Straßburg i. E., 31. Januar. Landesausschuß. Erste Lesung des Etats. Unterstaatssecretair Schraut legte die günstige Finanzlage dar, welche Dank der organischen Verbindung der Finanzen des Reichs und derjenigen des Landes erlaube, tarifative Ausgaben zu machen und einen Schuldentilgungsfonds anzulegen. Für die Zukunft stelle Schraut die Aufhebung der unteren Classen von der Grundsteuer und der Patentsteuer sowie die Uebernahme der Lasten für die Volksschulen durch den Staat in Aussicht. v. Bulach (Sohn) verlangte die Aufhebung der Bezirkspräsidien. Grad und Winterer tadelten die von der Verwaltung ergriffenen politischen Maßregeln. Unterstaatssecretair Studt erklärte das von Grad und Winterer entworfene Bild für einseitig und ihre Darstellung als eine durchaus unberechtigte. Die Maßregeln seien provocirt durch die Vorgänge des letzten Jahres, durch eine deutschfeindliche Maulwurfsarbeit, die sich unter anscheinend ruhiger Decke vollziehe, sowie durch eine gewisse literarische Thätigkeit. Die Maßregeln gingen nicht über das Maß des Nothwendigen hinaus; eine energische Beseitigung der Uebelstände diene dem Interesse des Reiches, des Landes und der Bevölkerung. Die Parallele mit den baltischen Provinzen sei in keiner Weise zutreffend. In der Frage der französischen Aufschriften werde nur nachgeholt, was früher versäumt wurde; kein Schritt werde ab irato gethan, sondern mit deutscher Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit in Bezug auf Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit geprüft. Die Regierung werde unbeirrt alle Maßregeln ergreifen, die im Interesse des Landes, namentlich aber zur Wahrnehmung der höheren Interessen des Reiches nothwendig seien. Die Regierung werde eine Aufhebung der Bezirkspräsidien nicht zulassen. — Heute Abend fand bei dem Statthalter Fürsten Hohenlohe zu Ehren der Mitglieder des Landesausschusses ein großes Diner statt, bei welchem der Statthalter den Toast auf Se. Majestät den Kaiser ausbrachte, dessen väterliches Herz von der Krankheit Sr. k. und k. Hoheit des Kronprinzen so schmerzlich bewegt sei. Später trank der Statthalter auf das Wohl des Landesausschusses und den gedeihlichen Fortgang seiner heute so günstig begonnenen Verhandlungen. Der Präsident des Landesausschusses, Schlumberger, antwortete mit einem Toast auf den Statthalter.

* Wien, 31. Januar. Der Kaiser ertheilte heute dem Sohn des verstorbenen Geh. Commerzienraths Krupp aus Essen eine Audienz; derselbe wurde auch von dem Erzherzog Wilhelm empfangen.

* Pest, 31. Januar. Die Clubconferenz der liberalen Partei nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Inarticulirung der Handelsconventionen mit Deutschland, an.

* Dublin, 31. Januar. Der parnellitische Deputirte Blaine wurde heute wegen aufrührerischer Reden zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Derselbe meldete die Appellation an.

* Rom, 31. Januar. Der Papst empfing heute den Erzbischof von Köln und den Bischof von Trier.

* Rom, 31. Januar. Der „Agenzia Stefani" wird aus Massaua gemeldet: In Asmara und Tigre erhält sich das Gerücht, daß Menelik sich im Aufstande gegen den Negus befinde; alle Kundschafter wiederholen diese Nachricht seit mehreren Tagen.

* Rom, 31. Januar. Wie die „Agenzia Stefani" aus Massaua meldet, sind die Abessinier zahlreich auf der Gebirgskette echelonnirt, um die Positionen der Italiener zu beobachten.

* Petersburg, 1. Februar. Der Kaiser empfing gestern den neu ernannten italienischen Botschafter Baron Marochetti, welcher seine Accreditive überreichte. Später stellte sich der Botschafter auch der Kaiserin vor. — General Barclay de Tolly wurde unter Belassung in der Würde eines General-Adjutanten seiner Stellung als Commandeur des 1. Armeecorps enthoben und auf 11 Monate beurlaubt.

* Bukarest, 31. Januar. In Regierungskreisen wird bestätigt, daß die Differenz mit Griechenland ausgeglichen ist. Die griechische Regierung hat über Inhalt und Bedeutung der Note ihres Gesandten, deren Annahme der rumänische Minister des Auswärtigen verweigert hatte, weitere Aufklärungen gegeben, infolge deren der rumänische Minister des Auswärtigen die gedachte Note nunmehr annehmen wird. Durch den weiteren schriftlichen Meinungsaustausch soll das Mißverständniß vollends beseitigt werden.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Halle a. S., 1. Februar. (Privattelegramm.) Die große Wollspinnerei von Rabe & Comp. in Giebichenstein steht in Flammen.

* Straßburg, 1. Februar. Eine kaiserliche Verordnung verfügt die Einsetzung eines Landwirthschaftsrathes von fünfzehn Mitgliedern für Elsaß-Lothringen und reorganisirt das landwirthschaftliche Vereinswesen. In jedem Kreise wird ein Kreisverein eingerichtet; der Vorsitzende ist der Kreisdirector, sofern der Statthalter nicht ein anderes Vereinsmitglied zum Vorsitzenden ernennt. Mit Genehm